

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den gew. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Geschäftsstellen und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Inlandsendung 10 Pf. zuzüglich Porto. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Abgabeort: Die Hauptredaktion in Wilsdruff, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Halbspalten, die 3-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Halbspalten, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Halbspalten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 274. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Mittwoch, den 24. November 1926

## Die Zukunft der Reichswehr!

Aus unpolitischen Kreisen wird uns zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Reichswehr geschrieben:

Seit längerem steht die Reichswehr im Mittelpunkt einer überaus unerfreulichen Debatte. Der Fall Seecht die Memmendorfer Prozesse in Landsberg, Versuche politischer Parteien, Einfluss auf die politische Einstellung der Reichswehr, vor allem aber auf die Auswahl des Offiziersersatzes zu gewinnen, haben dazu geführt, daß der Streit um diese politische Einstellung der Reichswehr und in der Reichswehr immer unerquicklicher geworden ist. Dazu kam, daß der Reichswehrminister mit Enthüllungen über die Reichswehr, deren Richtigkeit nachzutragen weder der Minister noch in vielen Fällen die Verfasser selbst in der Lage waren. Dr. Gehler hat sich nun im besonderen über die Art der Heeresergänzungen in grundsätzlicher Form geäußert und sich dabei sehr deutlich gegen die Vorschläge des sozialdemokratischen Führers Wöbe gewandt, wonach das Ergänzungverfahren nicht mehr in den Händen der Truppenführer liegen, sondern einer Kommission überantwortet werden soll, die aus Militärs und Parlamentariern zusammengesetzt werden müsse. Das ist ein Verfahren, wie es in Österreich noch jetzt gilt.

Dr. Gehler verweist darauf, daß das österreichische Heer durch diese und andere Einrichtungen völlig politisiert ist, aus 11800 Sozialdemokraten, 38 000 Christlichsozialen und 300 Wälfischen besteht. Bei der Befreiung der freiverwerbenden Stellen werde dann so verfahren, daß die Parteien sich proportional darüber einigen. Nun wird ja von jenen Parteien, die ein solches Verfahren empfehlen, immer wieder behauptet, es handle sich gar nicht um eine Parteipolitisation, sondern nur darum, das Heer zu einem unbedingt sicheren Instrument der Republik zu machen, was nichts anderes bedeuten kann, als daß nur die Anhänger jener Parteien aufgenommen werden können, die auf dem Boden der Verfassung stehen. Das behaupten aber ebenso die Sozialdemokraten von sich wie die Deutschnationalen, obwohl die Staatsauffassung beider Parteien grundsätzlich eine andere ist wie die in der gegenwärtigen Verfassung festgelegte. Politisierung ohne Parteipolitisation ist aber in einer demokratischen Republik sowohl theoretisch wie praktisch undenkbar. Dr. Gehler steht daher auf dem Standpunkt, daß man alles tun müsse, um die Politisierung der Reichswehr nach der einen oder anderen Richtung hin zu vermeiden, daß man aber von oben her eingreifen müsse, wenn in einzelnen Fällen bei dem gegenwärtigen Verfahren der Ergänzung gegen diesen Grundsatz verstoßen wird. Daher billigt er es auch nicht, wenn Ergänzungen über solche Leute, die sich zum Eintritt in die Reichswehr gemeldet haben, bei politischen Organisationen eingeholt worden sind.

An und für sich erklärt er solche Ergänzungen für unbedingt notwendig, da in Zeiten der wirtschaftlichen Not sich nicht ganz zweifelsfreie Elemente zum Eintritt melden und daher die Truppenführer versuchen, von irgendeiner Seite her Auskünfte über die Betreffenden zu erlangen. Überhaupt werden bei der ganzen Debatte über die Reichswehr allzu leicht die gewaltigen Unterschiede vergessen, die einen Vergleich der Reichswehr mit dem alten Heer nahezu unmöglich machen. Da ist die zwölfsährige Dienstzeit, aus der herauszuspringen durchaus nicht leicht ist, da ist die andere Tatsache, daß bei dem Aufbau der Reichswehr es mehr Gefreite und Obergefreite gibt als gewöhnliche Soldaten und daß auf je einen Soldaten ein Vorgesetzter kommt. Denn wir haben nur 36 700 Mann, 38 000 Gefreite und rund 25 000 Chargierte vom Unteroffizier aufwärts. Das Berufsstandesverhältnis ist also ein wesentlich anderes als unser früheres Volksheer, und wenn wir auch damals die Ergänzungskommissionen hatten, in denen auch Zivilbeamte saßen, so hatten diese nicht die Aufgabe, die moralische und geistige Qualität des Ersatzes zu prüfen, sondern lediglich die Berücksichtigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten und dergleichen.

Mag hier und da eine Beschwerde gegen eine Truppe der Reichswehr oder einen ihrer Angehörigen vorgebracht werden, das deutsche Volk ist im allgemeinen sehr damit zufrieden, daß Politik und vor allem Parteipolitik von der Reichswehr ferngehalten wird. Manches, was früher geschah und nicht zu billigen ist, hat sich abgepielt in einer Zeit heftiger innerer Kämpfe. Den Zweifeln gegenüber sei doch daran erinnert, daß sich die Reichswehr selbst bei einer solchen schweren Probe, wie es im November 1923 der Hinterpulskampf war, sich als ein unbedingt zuverlässiges Werkzeug der Deutschen Republik bewiesen hat. Schon das genügt, um allerhand Politisierungsexperimente abzulehnen.

## Thoiry und Militärkontrolle

### Verständigungspolitik im Reichstag.

Der äußerliche Eindruck in dem hohen Hause war nicht so groß, wie vorher die Erwartungen auf diese Sitzung gewesen waren. Die Bänke nicht übermäßig besetzt, ebensowenig die Tribünen, dagegen die Diplomatenloge fast bis auf den letzten Platz gefüllt in Anbetracht der außerordentlichen Debatte, der man entgegen sah. Am Ministerische der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, die Herren Kästz, Gehler und Reinhold.

Abg. Dr. Emminger gab sofort für die Regierungsparteien eine Erklärung ab, nach der Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei die Haltung der Regierung in der Außenpolitik durchaus billigen und gemeinsam die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete und des Saargebietes erhoffen, sich des deutschen Wahlsieges in Ost- und Westpreußen freuen und die baldige Verwirklichung der politischen Ziele von Thoiry als wichtig erkennen.

Nunmehr betrat als Sprecher der Deutschnationalen Prof. Dr. Hoeft das Rednerpult und legte in ausführlichen Worten den Standpunkt seiner Partei dar. Sie ist nicht einverstanden mit den bisherigen Wegen der Außenpolitik, begrüßt aber die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung ohne weitgehende politische Hoffnungen daran zu knüpfen. Die von Thoiry erwartete Befreiung des Rheinlandes ist ausgeblieben, ebenso die Aufhebung der Militärkontrolle. Trotzdem erkennt der Redner an, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch für die Deutschnationalen eine Tatsache und eine Bindung internationalen Rechts ist. Nach wie vor aber müsse die volle Gleichberechtigung Deutschlands erreicht werden, sonst sei von der Mitgliedschaft im Völkerbund nichts zu erhoffen. Die Deutschnationalen wollten keinen Revanchekrieg. Sie werden aber außerhalb wie etwa innerhalb der Regierung stets die Haltung bewahren, die ihr nationales Gewissen ihnen vorschreibt.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann betont die Selbstverständlichkeit für jeden Deutschen ohne Unterschied der Partei, an den Forderungen der Räumung der Rheinlande, der Aufhebung der Militärkontrolle und der Ablehnung einer dauernden Garantie der deutschen Obergrenzen festzuhalten. Das seien Gedanken, die leider von manchen zu spät als selbstverständlich empfunden würden, sowohl im Auslande wie im Inlande. Die von dem Redner erwähnte und vielfach kritisierte Flaggenhissung des deutschen Botschafters in Washington am 11. November sei zu Unrecht aufgeführt worden. Es habe sich nicht um eine Siegesfeier in Washington gehandelt, sondern um eine Gedächtnisfeier für die Gefallenen, also um eine Selbstverständlichkeit bei der Aufbahnung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und den früheren Gegnern. Die Regierung werde auf dem angegebenen Wege der Verständigung fortschreiten und hoffe dabei mit der Zeit auf die Mitwirkung aller ehrlichen Deutschen.

So war dieses Duell Hoeft-Stresemann fast zur Befriedigung verlaufen und Reichswehrminister Gehler sprach noch in kurzen Worten über die Reichswehr, in die falsche Freunde immer wieder verlocken, politische Gegensätze hineinzutragen. Dann schied die anderen Parteien ihre Redner vor, jedoch war das Hauptinteresse erloschen.

### Sitzungsbericht.

(26. Sitzung.) OB. Berlin, 23. November. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Nachtragsetats für 1926 mit der Aussprache über die auswärtige Politik, verbunden mit der Beratung des völkischen Antrages auf Kündigung der Locarnoverträge und des Antrages der bürgerlichen Parteien über die Prüfung der Kriegsschuldfrage vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag.

### Billigungserklärung der Regierungsparteien.

Abg. Dr. Emminger (Bayer. Vp.) gab zunächst für die Regierungsparteien (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Bayerische Volkspartei) eine Erklärung ab, in der es heißt, das oberste Ziel der von den Regierungsparteien gebilligten Außenpolitik sei die Befreiung Deutschlands. Einen bedeutsamen Bestandteil dieser Politik bildet der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Regierungsparteien billigten die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Der Versuch, die allgemeine Abklärung der Fortführung der Deutschland ausgeprägten Abrüstung herbeizuführen, habe ihre volle Unterstützung (Beifall). Ebenso der Versuch, als Folgerung aus dem Eintritt in den Völkerbund die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete und des Saargebietes herbeizuführen (Beifall).

einen Beweis der Treue der an Polen abgetretenen Deutschen und spricht die Erwartung aus, daß Polen nunmehr die deutschen Minderheiten nicht schlechter behandeln möge als Deutschland die polnischen Minderheiten im Lande. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

### Stellungnahme der Deutschnationalen.

Abg. Dr. Höftsch (Dn.) führte aus, der Geist von Locarno sei zunächst nur eine Fiktion, nicht eine Tatsache. Der Redner erwähnte dann die Flaggenhissung durch den deutschen Botschafter in Washington am 11. November als Standesprobe und erklärte dazu: das dürfte nicht geschehen (Beifall bei den Deutschnationalen.) Der 11. November war der Tag, der Deutschlands Zusammenbruch besiegelte. Mit der Flaggenhissung an diesem Gedenktage wurden durch den deutschen Botschafter Zuspanderarbeiten verlegt, deren Bedeutung in diesem Hause sehr groß war. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Seine Partei so fuhr der Redner dann fort, begrüße die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung, aber sie betone, daß daraus nicht weitgehende politische Folgerungen gezogen werden können. Der Eisenpakt präjudiziere nicht die deutsch-französische Verständigung eines deutsch-französischen Handelsvertrages. Die großen an Thoiry geknüpften Hoffnungen seien bitter enttäuscht worden. Die von Thoiry erwartete Befreiung des Rheinlandes sei ausgeblieben. Die nationale Opposition bedauere aufrichtig diesen Mißerfolg der gegenwärtigen Außenpolitik. Sie erstrebe aufrichtig eine Erleichterung des Schicksals der besetzten Gebiete, aber zu irgendwelchen Vorteilen Deutschlands zur Erreichung dieses Zieles bestehe kein Anlaß. Seine Freunde forderten, daß die längst überfällig gewordenen Militärkontrolle sofort aufgehoben und daß der deutschen Bedenken gegen das Untersuchungsprotokoll Rechnung getragen werde. Eine ständige Kontrolle Deutschlands wäre vereinbar mit Deutschlands Mitgliedschaft im Völkerbund (Beifall rechts.) Die Befreiung der Rheinlande und der Pfalz sei nicht gemindert worden. Auch immer noch eine große Zahl farbiger Truppen. (Pfalz rechts.) Die Deutschnationalen bedauerten, daß die deutsche Delegation in Genf für den polnischen Völkerbundratsrat gestimmt habe. Sie bedauerten besonders den Austritt Spaniens, das im Krieges Deutschland gegenüber immer eine ritterliche Haltung eingenommen habe.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei auch für die Deutschnationalen eine Tatsache und eine Bindung internationalen Rechts.

Die Folge müsse die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands sein.

Der Redner erklärte weiter, eine friedliche Verständigung sei nicht unmöglich, solange eine Revisionsmöglichkeit der Friedensverträge auf friedlichem Wege abgelehnt werde. Der Ausfall der Waffen in Polnisch-Oberschlesien habe vollständig das bestätigt, was seinerzeit im Deutschen Reichstage gegen die Positionen des französischen Außenministers, aber sie haben auch die Hemmungen und Störungen, die seiner Politik entgegengekommen sind.

Auch die Deutschnationalen wollten keinen Revanchekrieg, hielten auch einer deutsch-französischen Verständigung sehr wohlwollend gegenüber, aber sie müßte auch großzügig und restlos sein, auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung. Da der Außenminister als die nächsten Ziele der Verständigungspolitik die Befreiung des Rheinlandes und die Befreiung der Militärkontrolle bezeichnet hätte, so ergaben sich viele Berührungspunkte zwischen der Regierung und den nationalen Oppositionen. (Hört! Hört!) Sie lehnten aber den völkischen Antrag auf Kündigung der Locarnoverträge ab, weil sie international verbindende Verträge nicht brechen wollten. Wenn sich der Augenblick ergeben würde, wo seine Partei aus der nationalen Opposition in die Mitarbeit, in die Regierung eintritt (Hört! Hört!), werde sie als Regierungsteilnehmerin ebenso wie jetzt als Oppositionspartei in der Außenpolitik die Haltung einnehmen, die ihr nationales Gewissen vorschreibt, zumal die Regierung jetzt in der Außenpolitik viele Forderungen und Formen der nationalen Opposition aufgenommen habe. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Der Redner gab Wort ergriff, führte aus, wenn darauf hingewiesen worden sei, daß im Gegensatz zum französischen Außenminister andere Stimmen in Frankreich dem Geiste des Gesprächs von Thoiry widerstrebten, so sei das eine Selbstverständlichkeit, da bei allen großen politischen Neuorientierungen widerstrebende Elemente vorhanden seien. Schließlich setze sich doch etwas so Neues, wie es sieben Jahre nach dem Weltkriege die Verhandlungen von Thoiry gewesen seien, im Denken des Volkes nur langsam durch.

In der Ablehnung einer dauernden Garantie der deutschen Obergrenzen habe es in Deutschland keine Parteimehrheiten. Eine solche Zustimmung sei von amtlicher französischer Seite an Deutschland auch niemals gestellt worden.

Bei dem großen Umfange der Fragen, die zur Verhandlung gestanden hätten, könne niemand erwarten, daß acht Wochen nach dem Gespräch von Thoiry schon die Resultate vorgelegt werden könnten. Auch die Militärkontrolle sei ein Gegenstand jenes Gesprächs gewesen, und die Regierungen befaßigten sich sehr mit der Frage. Zur

## Italien öffnet seine Archive.

Rom, 24. November. Die italienische Regierung wird eine Sammlung diplomatischer Dokumente zur Außenpolitik Italiens von 1871 bis zum Weltkrieg herausgeben. Der erste Band soll Anfang des nächsten Jahres erscheinen.